

DPs als Feindbild der deutschen Nachkriegsgesellschaft – Beobachtungen aus dem Nordharz 1945-1950ⁱ

Zu Beginn des Jahres 1955 forderte die *Goslarsche Zeitung* ihre Leser*innen auf, 10 Jahre zurück zu blicken und ihr Erleben des Kriegsendes in der Stadt zu schildern. Für die anwesenden Einwohner*innen Goslar war mit dem Einmarsch amerikanischer Truppen am 10. April 1945 der Zweite Weltkrieg vorbei gewesen. Die GZ-Redaktion hat die Zuschriften in mehreren Artikeln verarbeitet. Ich möchte einen kleinen, für mein heutiges Thema relevanten Abschnitt aus der Zeitung zitieren:

„Oberstes Gesetz war die Sorge um Unterhalt und Verpflegung der Bevölkerung, ebenso aber auch die Ruhe und Ordnung. Beides war aufs Äußerste bedroht. Goslar hatte mit dem Einzug der Amerikaner einen unliebsamen Zuwachs erhalten. Das waren 3.000 Ausländer, Fremdarbeiter verschiedener Nation, die sich herausfordernd benahmen und ungebührliche Forderungen stellten. Sie betrachteten Goslar als ihr Revier und drangen in die Häuser ein, stellten sich vor Bäckerläden auf, um sich zusätzlich zu verproviantieren, wollten plündern und die Vorratslager der Stadt berauben.“

Der Redakteur, der dies schrieb, hieß Martin Raack, er war seit Beginn der 30er Jahre leitender Lokalredakteur der Zeitung, hatte sich in der Zeit des Nationalsozialismus eifrig an dessen Propaganda beteiligt. Er war der typische Lokalreporter, nah bei den Leser*innen, immer ein Ohr am Lauf der Zeit. Ohne intellektuellen Aufputz, wie manche seiner Kollegen, verkörperte er „Volkes Stimme“, wie man so sagt und wie sich der Boulevard allgemein geriert. Nach dem Krieg war er für einige Zeit stillgelegt, schrieb ab 1947/48 Meldungen zu Goslarer Ereignissen für die *Braunschweiger Zeitung* und erhielt nach dem Wiedererscheinen der GZ im Dezember 1949 seinen angestammten Posten zurück.

Die Worte von Raack will ich ein wenig sezieren, denn aus ihnen wird deutlich, welche Haltung die lokale und regionale Bevölkerung, jedenfalls der Teil, der sich in der einen oder anderen Form äußerte, gegenüber den DPs einnahm.

Ruhe, Ordnung Ernährung waren also 1945 bedroht durch

1. unliebsamen Zuzug von 3.000 „ausländischen Fremdarbeitern“.

Nun, die waren nicht zugezogen, sondern seit langem da, waren seit Jahren in den Betrieben in Stadt und Land ausgebeutet und erniedrigt worden, nun allerdings waren sie von den alliierten Truppen befreit, konnten sich frei bewegen; welche Unverfrorenheit, wenn sie sich

2. herausfordernd benahmen und nicht nur Forderungen stellten, sondern sogar ungebührliche. Denn in ordentlichen Zeiten waren sie außerhalb der Arbeitsstätte quasi unsichtbar, waren ihres Menschseins beraubt, und nun wurde es als ungebührlich empfunden, wenn sie dieses einforderten. Und

3. sie plünderten, sogar die Vorratslager der Stadt, die – das nur nebenbei – es wirklich gab, die aber natürlich wie alles Hamstern unter dem NS-Regime streng verboten waren.

Eine auf keine Fakten gestützte schlichte Behauptung, suggeriert, die DPs hätten die Stadtbewohner in den Hunger getrieben und nicht die Folgen ihres gewollten Weltkriegs.

Der Redakteur hatte – wir können das anhand der im Stadtarchiv erhaltenen Berichte überprüfen, denn etwas mehr als ein Dutzende Erinnerungsaussagen zu 1945 sind uns aus dem Jahr 1955 erhalten geblieben – die Haltung und Meinung seiner Berichterstatter – es waren nur Männer – korrekt wiedergegeben. Das war 10 Jahre nach Kriegsende, eine Zeit, in der man und frau wieder sagen und schreiben konnte, wie einem/einer der Herrenmenschnabel gewachsen war.

In der Stadt Goslar regierte seit der Kommunalwahl 1952 eine Bürgerliste aus CDU und DP zusammen mit ehemaligen lokalen hohen Nazifunktionären, darunter der NS-OB Droste. In Bad Harzburg erhielt der NS-Bürgermeister Bernd die meistens Stimmen, Reste des Reichsnährstandsführungszirkels hatten sich hier niedergelassen, der NS-Ministerpräsident des ehemaligen Freistaats Braunschweig, Klagges, sollte sich nach seiner Haft hier auch bald einfinden. Der SPD-Kreisverband verglich die Zusammensetzung der Ratsmehrheit in Goslar nicht zu Unrecht mit der deutsch-national-nationalsozialistischen Allianz der Harzburger Front von 1931.

„Die Kommunalwahlen 1952 stehen im Schatten von Karlsruhe. Die SRP ist tot; inzwischen meldeten sich die Erben. Man findet im Goslarer Raum die unbelehrbaren Vertreter von Hakenkreuz und ihre Nachfolgertrabanten an oftmals exponierten Stellen der rechtsparteilichen Einheitsliste ebenso wie beim BHE. – Kritische Menschen wollen darin eine deutliche Wiederbelebung der Harzburger Front mit all ihren hässlichen Konsequenzen sehen.“ (GZ 6.11.1952.)

Und eine Bemerkung sei an dieser Stelle gestattet, auch wenn sie aus der Nachkriegszeit fällt: die eben zitierte Haltung gegenüber den DPs war sehr lange als wahre Erzählung ins kollektive Stadtgedächtnis gebrannt. In einer Jubiläumsschrift der Feuerwehr aus dem Jahre 1980 wird unkommentiert ein Nachkriegsbericht des Unterbrandmeisters August Helmbrecht, Schneidermeister mit einem Geschäft in der Innenstadt Goslars und 1946 für einige Zeit SPD-Ortsvorsitzender, aus diesen Apriltagen zitiert:

„Ein wildes Durcheinander bot das Straßenbild. Fremde Zivilarbeiter, Kriegsgefangene, dazwischen die Kampftruppen der Amerikaner, alles wogte durch Goslars enge Straßen. [...] Viele hungernde, ehemalige Kriegsgefangene versuchten, sich auf ihre Art einzudecken. Es herrschte das Faustrecht! Für Männer der Mil.-Polizei galt es, auf jeden Fall den hungernden Frauen und Kindern zu helfen. [...] Fast täglich gab es Zusammenstöße zwischen bewaffneten Ausländern und unseren Kameraden ohne Waffen. Am Sonntag, dem 15. April früh, ging das Gerücht um, die Russen verlangten 3 Tage Plünderfreiheit! In der Bergdorfkaserne waren von deutschen Truppen noch Waffen zurückgelassen worden, die Russen wollten sich in deren Besitz setzen. Sofort eilte ein Trupp Kameraden dorthin, um das zu verhindern.

Bei den Zusammenstößen mit den bereits teilweise bewaffneten Russen ließen die Kameraden Schuhmachermeister Bartels und Sägewerksbesitzer Pöhlig ihr Leben im Schutzdienst der Stadt.“ (125 Jahre Feuerwehr, S. 167.

Der Zeitzeuge hielt den Bericht in dieser Form, den er nach Hörensagen verfasste, für wahr. Ohne Prüfung wurde diese Aussage als Tatsachenmeldung durch die Stadtgeschichte geschleift – bis heute. Richtig ist, dass zwei Menschen bei Auseinandersetzungen mit russischen DPs starben. Amtliche Aufzeichnungen existieren nicht.

Die „Ausländer“ waren also wie menschliche Heuschrecken – sofort erscheint das damals so gewohnte Bild des parasitären Juden – herausfordernd unverschämt und plündernd in die Stadt eingefallen. Die Erzählung aus anderen Orten und Dörfern der Region mag in etwa gleichlautend gewesen sein – die Quellenlage ist dürr.

Am 25. April 1945 hatte ein Goslarer Chronist notiert, übrigens eine der ganz wenigen mir bekannten zeitauthentischen Niederschriften aus den letzten Tagen des NS-Regimes und den ersten Nachkriegswochen:

„Bedrückend die Fremdvölker in der Stadthalle – morgens um halb neun schläft die Halle noch, mittags wird gesotten und gebraten: Riechenberger Hammel und was die Deutschen sonst liefern müssen. Nach dem Mittagsschlaf ist Sport auf deutschen Autos, Motorrädern und Fahrrädern. Auch ein Flügel steht im Freien und wird behämmert. Am Helleberg schmutschen in der Baracke die Tiroler aus dem Moringer Jugendlager, ‚Austria‘ steht groß an der Tür. Unten an den Scheunen leben die Italiener wie Herrgott in Frankreich. Es ist ein Jammer, man braucht nicht zu arbeiten, man lebt doch. Alles ist eigentlich da, Milch, Fleisch, Zucker, und uns fehlt es am Brot.“

Der von den Briten im Juni 1945 eingesetzte Magistrat klagte in ähnlicher Weise:

„OBM Dr. Wandschneider kommt auf die katastrophale Lebensmittellage zu sprechen. Ich freue mich, dass wir einen Herrn in unserer Mitte haben, der sich auf diesem Gebiete bisher so tatkräftig eingesetzt hat – Herr Dr. Fricke –, und würde mich freuen, wenn er sich weiterhin so intensiv beschäftigt. Das im Augenblick vielleicht schwerste Problem ist die Finanzlage. Die Ausländer verursachen der Stadt ganz ungeheure Ausgaben. In kurzer Zeit sind schon Kosten in Höhe von 200.000 RM entstanden. Das kann nicht so weitergehen. Doch stehen wir der Ausländerfrage machtlos gegenüber. [...] Senator Söffge spricht über die Abschachtung des Viehs, auch der wertvollen Zuchttiere, durch Ausländer. Er beantragt, mit allen Mitteln dagegen einzuschreiten. [...] Stadtrat Dr. Fricke [...] hebt hervor, dass die Überbrückung dieser ersten schweren Zeit nicht gelungen wäre ohne die tatkräftige Unterstützung der Goslarer Wirtschaft, der Reichsnährstandsorganisation, der Schlachtereibetriebe usw. Dr. Fricke führt weiter aus, dass die ständigen Plünderungen, besonders der ersten Wochen nach der Besetzung, einen schweren Einbruch in die Viehbestände gebracht hätten. ... Schließlich kommt Dr. Fricke noch auf die Ausländerfrage zu sprechen. Er bringt zum Ausdruck, dass jedem anständigen

Menschen der Gedanke unerträglich sein müsse, dass die Ausländer hier in Deutschland nicht arbeiten, frei und gut leben und obendrein noch plündern. Es müsse unbedingt Entlastung angestrebt werden.“ (StAGS: Protokoll Magistratssitzung 29.6.1945)

Sie können es nicht wissen, deshalb ein Wort zur Zusammensetzung dieses Gremiums, bzw. den Wortmeldern: OB Wandschneider war seit den 20er Jahren bis 1933 Syndikus der Stadt. Als SPD-Mann aus Goslar vertrieben schlug er sich als Handlungsreisender durchs Leben, kehrte im Mai 1945 in die Stadt zurück, wurde auf diesen Posten gesetzt und blieb noch einige Jahre als OB bzw. Oberstadtdirektor der Verwaltung erhalten. Der erwähnte Handwerksmeister Fritz Söffge war in Weimarer Zeiten Senator für die SPD gewesen, in der NS-Zeit von den Nazis drangsaliert worden und nun als Magistratsmitglied eingesprungen. Der so „tatkraftige“ Dr. Otto Fricke war seit den 20er Jahren Baustoffhändler, hatte während der NS-Zeit expandiert bis zum Quasimonopolisten im Harzgebiet, war im März 1933 als Führer der Kampffront schwarz-weiß rot in den Rat gewählt und dann von den Nazis herauskomplementiert worden. Er hatte in der NS-Zeit wichtige Funktionen in Fachverbänden und IHK inne, unterhielt enge Beziehungen zum Reichswirtschaftsministerium, außerdem war er fast der einzige, der in der Gegend noch über funktionstüchtige LKWs verfügte. Und er war derjenige, der in den letzten Kriegswochen ein Vorratslager angelegt hatte – wie, darüber gibt es keine Auskünfte. Er wurde 1950 Wirtschaftsminister in der Landesregierung Kopf, war Kreisvorsitzender der CDU und Landtagsabgeordneter.

Es gab also 1945 einen – ich nenne das jetzt so, ohne den Begriff im Moment näher zu erörtern – volksgemeinschaftlichen Konsens, dass die „Ausländer“, wie die DPs genannt wurden, ganz so als könne man den Begriff nicht aussprechen, dass also die „Ausländer“ und ihr Benehmen das zentrale Problem der geschlagenen Deutschen sei. Statt sich hintanzustellen bzw. gleich ganz zu verschwinden, würden sie Ansprüche stellen – Ansprüche, die ihnen nicht zustünden.

Welche sollten das sein, und wenn wieso eigentlich nicht? Anspruch auf Entschuldigungsgesten, Anspruch auf Entschädigung, Anspruch auf Menschenwürde, auf Essen, Unterkunft, positive öffentliche Aufmerksamkeit?

Bemerkenswert an diesen Aussagen ist die Einmütigkeit von deutschen Menschen, die unter den Nazis gelitten haben mit denen, die profitierend gemeinsame Sache mit ihnen gemacht haben. Und das nicht nur unter dem gemeinsam erlebten Schock der Kriegsniederlage, sondern – zumindest ausweislich der Quellen, die ich erarbeitet habe – noch jahrelang, nämlich bis die letzten DPs Anfang der 50er Jahre aus der Gegend oder zumindest der Wahrnehmung – einige blieben und fügten sich in die deutsche Nachkriegsgesellschaft ein – verschwunden waren.

Bevor ich gleich auf die tatsächlichen und gewiss schwierigen sozialen Bedingungen der Nachkriegszeit eingehe und skizziere, wie sich die Beziehungen zwischen Deutschen und DPs anhand solch elementarer Dinge, wie Unterkunft und Verpflegung, Arbeit und Leben

einwickelten, noch eine Überlegung zur mentalen oder sozialpsychologischen Befindlichkeit der Deutschen.

Die Deutschen waren keine Herren mehr. Bürger der Stadt, die noch wenige Monate vorher das Scheitern des Attentats auf ihren Führer bejubelt und vom Endsieg schwadroniert hatten, schlichen am 10. April mit weißen Fahnen US-amerikanischen Panzern entgegen, um unterwürfig um die Verschonung der Stadt vor Zerstörung zu bitten. In den Nachbarorten, Seesen, Bad Harzburg, Clausthal etc. verhielt es sich ähnlich. Sie mussten ihre Häuser für Durchsuchungen öffnen, wurden dabei sicher auch mancher Preziose verlustig, wechselten hutziehend den Bürgersteig, wenn ihnen eine Patrouille entgegenkam – sie hatten nichts mehr zu sagen. Der Goslarer Stadtkommandant Major Shapiro drohte bei kleinen Vergehen etwa gegen die Ausgangsbeschränkungen mit harten Strafen, bei Plünderungen mit dem Tod:

„Militärregierung Deutschland. Bekanntmachung. Rückgabe von geplünderten Sachen!

Auf strenge Anweisung des amerikanischen Kommandanten sind ab 15. bis 20. April zwischen 9 und 12 Uhr sämtliche in den militärischen Anlagen (Fliegerhorst, Kasernen, SS-Baracken usw.) widerrechtlich angeeignete Gegenstände aller Art (Rundfunkgeräte und -teile, Maschinen und Maschinenteile, Möbel und Einrichtungsgegenstände, Brennmaterial, Textilwaren, Lebensmittel usw.) abzuliefern: ...

Ausländische Zivilarbeiter und Kriegsgefangene sind gleichermaßen an diese Bestimmungen der Militärregierung gebunden.

Wer diese Anordnung nicht sofort befolgt, wird verhaftet und streng bestraft. Haussuchungen werden stattfinden.

Weitere Plünderungen jeder Art in militärischen Anlagen, öffentlichen Gebäuden und Privathäusern werden mit dem Tode bestraft.“

Ausdrücklich wandte sich dieser Befehl nicht nur an DPs sondern an alle. Deutsche meinten ja, sie plünderten nicht, sie „organisierten“ nur – der Kommandant sah das anders.

Die Deutschen machten sich gegenüber den Alliierten so klein wie möglich, sie waren fügsam:

„Die deutschen Zivilisten waren sehr darauf bedacht zu gehorchen. Sie legten die wortlose Fügsamkeit eines Volkes an den Tag, das in vollkommener Unterwerfung gelebt hatte. Wenn die Befehle angeschlagen wurden, sammelten sich Gruppen von Menschen davor, lasen sie ruhig und gründlich und gingen dann schnell davon“ notierte der Kriegsberichterstatte Osmar White, der amerikanischen Truppen seit der Weserüberquerung begleitet hatte. (Osmar White: Die Straße des Sieges. Eine Reportage aus Deutschland 1945, München 1996 S. 268)

Einem Teil dieser Bemerkung des Reporters sei widersprochen: Die Deutschen hatten nicht nur in „vollkommener Unterwerfung“ – der NSDAP und ihrem Führer gegenüber – gelebt,

viele hatte auch als Herren über Leben und Tod gehandelt, haben sich aufgeschwungen, Ansprüche als Herren der Welt, als Herren über Sklaven und Heloten geltend zu machen und zu verwirklichen. Ihr Trauma bestand im Frühjahr 1945 darin, dass trotz millionenfachen Mordens und des Plünderns eines Kontinents aus dem Herrendasein nichts geworden war, dass sie zu schlichten Befehlsempfängern der Alliierten degradiert waren, sogar noch ausführlich Rechenschaft ablegen mussten über ihr Treiben seit 1933.

Nun fühlten sich die Anhänger und Fans Hitlers als Opfer: Opfer der diffusen politischen und sozialen Weimarer Verhältnisse, Opfer von Hitlers Versprechungen auf ein gutes Leben als Machtmenschen in Europa, Opfer des Krieges, Opfer der Kriegsniederlage, Opfer der Alliierten – und als Opfer der ehemaligen Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen. Und – es mag unverständlich und kaum begreifbar sein: Etliche von Hitlers Opfern, insbesondere SPD-Parteigänger, streiften diese Rolle auch über.

Deutsche, die bei allem volksgemeinschaftlichen Getöse in einer Konkurrenzhierarchie der Auslese und Ausgrenzung gelebt hatten, in der jeder subalterne Einfachmensch noch versucht hatte, irgendjemanden befehligen zu können, behielten auch als vermeintliche Opfer diesen Herrenmenscheninstinkt, indem sie versuchten die Elendsten im Land, die DPs, weiter zu unterdrücken und zu drangsalieren.

In Folge der NS-Herrschaft hatte sich eine auf Rassismus gegründete Gemeinschaft der Deutschen herausgebildet, die Klassenhierarchien durch totalitäre Ausgrenzungsakte ersetzen wollte. Nun, nach der Niederlage, war offene rassistische Ausgrenzung kaum mehr möglich, weil die dafür notwendigen Macht- und Repressionsinstrumente fehlten. Gleichwohl bildeten sich andere Ausgrenzungslinien, auch unter Deutschen: Stadt- und Dorfgesellschaften hatte seit den Ankünften von Bombengeschädigten aus den größeren Städten menschliche Elemente gefunden, die sie degradieren konnten. Die etwa 1.500 während des Krieges Evakuierten im Stadt- und Landkreis Goslar hatten Wohnraum und Nahrung beansprucht, sie waren nicht wohlgekommen, sie sollten gefälligst verschwinden. Die Haltung den aus dem Osten geflüchteten und vertriebenen Deutschen gegenüber war so ähnlich – sie blieben über lang Zeit schwer geduldete Menschen zweiter Klasse. Aber das ist ein anderes Kapitel Nachkriegsgeschichte.

Die prekäre soziale Lage in den Nachkriegsjahren trug gewiss einen erheblichen Teil zur Pflege des Ressentiments gegenüber den DPs bei, denn sie verschärfte den Konkurrenzkampf untereinander, der nach einem Ventil suchte: Einheimische in gesicherten sozialen Verhältnisse gegen Einheimische, die den Boden unter den Füßen verloren hatten; Städter gegen Bauern und umgekehrt, Einheimische gegen Vertrieben und Flüchtlinge, Einheimische gegen DPs.

Schon lange vor Kriegsende war die amtliche Rationierung auf Hunger getrimmt, schon lange gab es nicht genug Heizmaterial, Strom und Gas funktionierten nur stockend. Mobilität war auf die Nutzung der Füße beschränkt, weil Autos, Motor- und Fahrräder beschlagnahmt oder wegen mangelnder Ersatzteile nicht mehr einsatzbereit waren. Wohnung, Ernährung, ärztliche Versorgung, energetische Infrastruktur waren Themen, die auf allen lastete. Mit dem Zustrom von Vertriebenen ab dem Frühjahr 1946 – konkret: die

Einwohnerzahl der Stadt Goslar erhöhte sich von 19389 28.000 auf 38.000 1946 bis zu 42.000 1949/50, in der ganzen Region verzeichnen wir einen ähnlichen Zuwachs – potenzierten sich die alle diese Probleme. Hinzu kamen ein blühender Schwarzmarkt und wachsende Kriminalität. Auf dem Schwarzmarkt waren jeder und jede aktiv, der oder die etwas zu tauschen hatte. Einheimische hatten Verbindungen und vor allem Geld. Barreserven hatten sich in den letzten Kriegsjahren angehäuft, weil es nichts zu konsumieren gab. So konnten viele ihre Hungerrationen mit schwarz erworbenen Lebensmitteln aufbessern. Flüchtlinge und Vertriebene hatten zumeist beides nicht: kein Vitamin B und kaum Bargeld, sie waren auf vom Wohlfahrtsamt vermittelte Spenden, auf von den Quäkern und anderen Organisationen betriebene Suppenküchen angewiesen.

Und natürlich bildeten sich auch semiprofessionelle Banden auf dem Schwarzmarkt heraus, der von Plünderungen, von Vieh- und Getriebediebstählen begleitet wurde. Und ja: auch DPs organisierten sich in Banden. Schwarzmarktbanden eroberten die Märkte und verdarben dem normalen Nutzer die Preise und das Geschäft. Zudem: Eine alltägliche Gewalt der Kriminalität verunsicherte die Menschen. Aus Diebstahl wurde schnell Raub, aus Raub Raubmord. Es kam vor, dass wegen eines Fahrraddiebstahls der Besitzer umgebracht wurde, Diebe stiegen in eine Gaststätte und ermordeten die Bewohner für ein paar Klunker Diebesgut.

Im Juni 1946 beklagte der Braunschweigische Landtag, den gab es damals noch, die wachsende Kriminalität bei entgrenzter Gewalt. Die Morde bei bewaffneten Raubüberfällen und Diebstählen auf Höfen häuften sich. In Watenstedt-Salzgitter wurden in einer Woche fünf Morde begangen.

„Minister Stickroth nennt die Lage verzweifelt. Die Vorgänge erinnerten an die Zeit des 30-jährigen Krieges, wo man auch Menschen totschiess, um ihnen einen Anzug zu nehmen.“

Auf derselben Sitzung wurde von acht ermordeten Grenzgängern in der Nähe von Bad Harzburg berichtet, von vier getöteten Erwachsenen erzählt, einem ermordeten und beraubten Liebespärchen oder dem Fund einer ausgeplünderten Leiche. Man kann ohne vollständig zu werden die Aufzählung fortsetzen: In Goslar wurde im Januar ein 25-Jähriger bei einem schweren Raubmord erschlagen, am Fliegerhorst ereigneten sich zwei weitere Raubüberfälle. Im März wurden Überfälle vom Gut Riechenberg gemeldet, im Juni starb ein Mann bei einem Raubüberfall auf offener Straße, in Alt-Wallmoden wurde ein Handwerker erschossen. Entgrenzte Gewalt, seit mindestens 12 Jahren erprobt und ausgeübt durchzog die deutsche Nachkriegsvolksgemeinschaft.

Die deutsche Polizei war entwaffnet und im Zuge der sofort nach Kriegsende einsetzenden Entnazifizierung der deutschen Gewaltapparate personell ausgedünnt. Die britischen Sicherheitsapparate waren unterbesetzt, hatten wenig Ortskenntnisse und begriffen das soziale Umfeld kaum. Sie hatten in den ersten Monaten auch wenig Interesse, DPs zu verfolgen, Menschen, deren Leidensgeschichten ihnen geläufig waren.

Für den Großteil der Bevölkerung waren als bewaffnete Banden organisierte DPs die Hauptschuldigen der hohen Kriminalität. Ein vermeintlicher Grund mehr, sich als schutzbedürftiges Opfer zu begreifen. Doch Plünderungs- und Gewaltaktionen von DPs hielten sich in der hier betrachteten Region angesichts der großen Zahl von Befreiten, die jahrelang von den Deutschen ausgebeutet, drangsaliert, gepeinigt worden waren und nun vereinzelt Vergeltung übten, in engen Grenzen. Ich will nichts beschönigen und kleinreden, es gab Gewalt, auch manchmal massive organisierte Raubgewalt durch DP-Banden. Aber diese war bei aller unsicheren Überlieferung regional beschränkt. Doch Gewalttaten, die sich etwa in der Salzgitterregion ereigneten, strahlten auf das Unsicherheitsempfinden weit über diesen Bereich hinaus aus, und dies nährte liebgewonnene Legenden und stärkte das Ressentiment.

Die Besatzungstruppen wussten um das Problem der Plünderungen, sie wussten aber auch genau, dass Deutsche – Einwohner, aus Kriegsgefangenschaft entflozene ehemalige Wehrmachtssoldaten, Flüchtlinge und herumstreunende obdachlose Jugendliche –, sich an diesen Plünderungsaktionen ab April 1945 beteiligten. Die amerikanischen und britischen Soldaten und Offiziere waren schließlich schon einige Wochen oder Monate in Deutschland, hatten Stadt für Stadt, Dorf für Dorf eingenommen und überall ähnliche Verhältnisse vorgefunden wie im Vorharz.

Die Zeit der allgemeinen spontanen Plünderungswochen im April war im Juni/Juli vorbei. Das kollektive Stadtgedächtnis nahm nur die Teilnahme der „Ausländer“ daran wahr, schrieb es ins Magistratsprotokoll und hatte nun als Volksgemeinschaft ohne nationalsozialistische Führung einen Feind geschaffen, um den man sich zusammenschließen konnte.

Eine Ironie des Ressentiments sei am Rande mitgeteilt: Die wohl größte und am besten organisierte Schwarzmarktbande zwischen Braunschweig und Bad Harzburg wurde von einem deutschen Handwerker aus eben diesem Ort organisiert – unter Duldung und profitabler Teilhabe der Polizei bis in hohe Funktionsträger der Polizeidirektion Braunschweig. Die Bande flog 1949 auf.

Kommen wir zu den DP-Fakten. Ungefähr 8.000 ausländische Arbeitskräfte waren im Laufe des Krieges als Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen in Betriebe der verarbeitenden Industrie, der Land- und Forstwirtschaft, der Bergwerke und Hütten, ins Handwerk der Region Nordharz gepresst worden. Die vorhin genannte Zahl von 3.000 DPs im Juni/Juli 1945 im Landkreis Goslar wird annähernd richtig sein. Genau wissen wir es nicht, denn viele hatten sich sofort nach ihrer Befreiung in Gruppen auf den Weg Richtung Heimat gemacht, auch Mädchen und Frauen aus der Ukraine, die in den Chemiebetrieben in Oker oder den Konservenfabriken in Seesen gearbeitet hatten.

Von April bis Juni 1945 diente die ehemalige Reichsbauernhalle, in der ab 1943 Abteilungen von Industriebetrieben aus der ganzen Region inklusive der dazugehörigen Zwangsarbeiter untergebracht waren, als Sammelstelle für insgesamt etwa 2.000 Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen vor ihrem Transport in die Sowjetunion.

Amtliche Zahlen zu den DPs liegen uns nur aus dem Wohlfahrts- und Flüchtlingsamt in Goslar vor. Danach waren im Winter 1945/46 knapp 2.000 DPs in der Stadt untergebracht. Von Zeitzeugenberichten und aus anderen Quellen wissen wir, dass in zahlreichen landwirtschaftlichen Betrieben Pol*innen und Ukrainer*innen im Land blieben.

Im Winter 1949 gab es allein in Goslar noch 10 DP-Lager mit insgesamt 1.300 Insassen. Hinzu kamen Unterkünfte für ehemalige KZ-Häftlinge, entkommene oder befreite Juden in Hotels und Pensionen der Stadt. Die DPs, insbesondere die freigekommenen KZ-Gefangenen, standen unter dem besonderen Schutz der UNRRA später der IRO. Sie erhielten eine bessere Lebensmittelrationierung als die Deutschen, wurden neu eingekleidet, durften sich nun endlich frei bewegen. Untergekommen in ihren alten Lagern mussten die deutschen Behörden für eine ordentliche Ausstattung mit Betten, Aufenthaltsräumen, sanitären Anlagen sorgen. Die Briten beauftragten im Herbst 1945 die Stadtverwaltung, ausstehende Löhne der „Ostarbeiter“ bei den Betrieben einzufordern, was diese tat. Die Summe von knapp 17.000 Reichsmark traf im Februar 1946 auf dem Konto der Senior Soviet (and Polish) Liaison Officer 30 Corps ein. Was damit geschah, wissen wir nicht.

In der Stadt hatte sich im April ein Komitee zur Betreuung von NS-Opfern gebildet, dessen Aufgaben im Herbst des Jahres vom Sozialamt übernommen wurden. Die Besatzungsmacht beobachtete genau, dass diese Stelle ordnungsgemäß arbeitete. Mit Schreiben vom 28. Dezember 1945 forderte die Militärregierung von der Verwaltungsspitze in Goslar Auskunft über die Behandlung der etwa 300 früheren Insassen von Konzentrationslagern. Darin heißt es:

„In dieser Area sind so 300 frühere Insassen. Mein Vorgänger Lt. Col. Bettley gab dem Polizeichef Hauptmann Nienstedt Instruktion, dass Kleidung und Unterkunft für die Insassen zu beschaffen ist.

Sie wollen deshalb sehen, dass jede Unterstützung diesen Leuten gegeben wird, und dass die folgenden Instruktionen ausgeführt werden.

a) Ein Raum oder eine kleine Halle soll für ihre Sitzungen verfügbar sein und mit den notwendigen Annehmlichkeiten solche sind: Bücher und Radioapparate, versehen werden.

b) Kleidung soll für sie verfügbar gemacht werden.

c) Unterkunft wenigstens ähnlich wie für die übrige Bevölkerung ist für sie verfügbar zu machen.

Jeder Deutsche, der als aktiver und fanatischer Nazi bekannt war, muss die erforderlichen Annehmlichkeiten und Kleidungsstücke liefern.

Ich weiß, dass unter diesen Leuten gewisse Verbrecherelemente sind, und Herr Steiner ist instruiert worden, dass diese Leute keine Unterstützung erhalten, bis sie gelernt haben, sich zu benehmen und der neuen Umgebung anzupassen. [...] Sie

wollen mir nicht später als am 1.1.46 berichten, was für die Unterstützung dieser Leute getan worden ist.“

Vorausgegangen war dieser Ermahnung eine Debatte im Magistrat. Der erwähnte Herr Steiner hatte mit Rücktritt von seinem Posten gedroht, wenn die Unterstützung weiterhin mit Hinweis auf „kriminelle Elemente“ so schleppend lief.

Ein Teil der freigelassenen KZ-Häftlinge vieler Nationen war in den Hotels „Goldene Krone“ und „Breites Tor“ untergebracht. Auch im „Niedersächsischen Hof“ waren Raumkontingente für befreite jüdische KZ-Gefangene, auch aus Bergen Belsen, eingerichtet worden. Und es kann kaum verwundern: gerade diejenigen, die das Schlimmste erlitten hatten, wurden zur Zielscheibe von DP-Hetze und Schikanen – unter dem Radar der Alliierten. Der „Niedersächsische Hof“ – ein Hotel der Spitzenklasse im Besitz der Hoteldynastie Familie Pieper, bekannt auch durch den rigorosen Antisemitismus des 1936 verstorbenen Patron Heinrich Pieper – wurde in Ausschusssitzungen der Stadt Goslar als „Schiebernest“ bezeichnet mit dem Hinweis auf deren „Rassemerkmal“ der Raffgier. Man müsse dort intensive Kontrollen organisieren. Jüdischen Bewohnern der „Goldenen Krone“, die Arbeit hatten, wurden auf Betreiben des Besitzers durch die Stadtverwaltung die Mietkosten erhöht, mit dem Ziel sie aus dem Hotel zu vertreiben, damit dort wieder „Fremdenverkehr“ betrieben werden könnte.

Die Methode wiederholte sich: Bürger meldeten angebliche Schiebereien bei städtischen Stellen, beschwerten sich darüber, dass DPs sich „herausfordernd“ benähmen, regten sich darüber auf, dass sie zu komfortabel lebten während Deutsche, damit meinten sie Flüchtlinge, deren tatsächliches Elend vielen völlig egal war, sehr beengt leben müssten. DPs, die etwa bei den Briten im Holzeinschlag arbeiteten, bekämen neben dem Lohn Zusatzleistungen wie Zigaretten, Konserven und Schokolade – Deutsche übriges auch, wie mir ein dort Beschäftigter berichtete –, die sie auf dem Schwarzmarkt verhökerten. Außerdem würden sie faulenzten, schon morgens vor den Kinos stehen und deutsche Frauen belästigen – und so weiter und so fort.

Zum Arbeiten wollte man die DPs eigentlich gern behalten. Im Erzbergwerk Rammelsberg und im Chemiebetrieb Borchers/H.C. Starck arbeiteten DPs, weiter in den Lagern lebend, nun als „normale“ Arbeitskräfte. Und die Forstverwaltung klagte 1948: Ein gewichtiges Problem wäre der Holzeinschlag, weil dieser nicht mehr durch Zwangsarbeiter erledigt würde: „Durch den Abgang der ausländischen Arbeitskräfte, mit denen in den Kriegsjahren der Holzeinschlag bewältigt werden konnte, war die Arbeitslage sehr ungünstig geworden.“ Und: „Der Abzug der ausländischen Arbeitskräfte in Verbindung mit den großen Nutz- und Brennholzanforderungen der Militärregierung, die fristgerecht geliefert werden müssen, machen es den Forstdienststellen unmöglich, den Brennholzeinschlag mit eigenen Arbeitskräften voranzutreiben.“ Es schienen also im April 1945 doch keine Horden Ausländer eingefallen zu sein, um die Deutschen auszusaugen: Ihre billige Arbeitskraft wurde vermisst.

Lassen Sie mich schließen mit Beobachtungen aus Bad Harzburg, die Markus Weber in seinem Werk zum Jüdischen Leben in dieser Stadt aufgezeichnet hat. ⁱⁱ

Die britische Militärverwaltung erwählte 1945 Bad Harzburg zu einem Erholungsort für ihre Soldaten und Offiziere und richtete dort in verschiedenen Hotels und Kureinrichtungen ein „Leave Center“ ein. Im Februar 1946 beschlagnahmten die Briten das Hotel Ernst August, ehemals im Besitz der jüdischen Familie Ohrenstein, und eröffneten dort ein jüdisches Erholungsheim unter Leitung diverser jüdischer Organisatoren. Über das Verhalten der Bad Harzburger Behörden zu diesem Projekt berichtet die Zeitung *Unzer Sztyne* im September 1947, dass „die Deutschen sich weigerten, Baumaterial und Werkzeug zur Verfügung zu stellen. ... Es handelt sich um ein dunkles Kapitel von Bemühungen und Absagen, von arroganten Antworten vonseiten des deutschen Beamtentums in Bad Harzburg.“ Protokolle des Hauptausschusses der Stadt geben wieder, dass sich die deutschen Behörden gegen Beschlagnahmungen zugunsten der Einrichtung des Heims massiv wehrten. Auf die Pläne, neben dem Erholungsheim ein jüdisches Kinderheim einzurichten, reagierte die Stadt empört, weil „die Einrichtung eines jüdischen Kinderheims in Harzburg dem für absehbare Zeit nicht behebbaren Mangel an Beherbergungsmöglichkeiten nicht für ein Ingangbringen des Kurbetriebes förderlich“ sei.

Diese jüdische Einrichtung wurde trotz der Widerstände vor Ort zu einem festen Ort jüdischen Lebens in der britischen Zone. Zum Zustand deutscher Befindlichkeit gegenüber den NS-Verbrechen schrieb das *Jüdische Gemeindeblatt für die britische Zone* in einem Bericht zum 2. Kongress der befreiten Juden in der britischen Zone in Bad Harzburg im August 1947:

„In vielen Unterhaltungen, die wir zu führen Gelegenheit hatten, gaben deutschen Menschen ihrer Verwunderung darüber Ausdruck, dass es zu einem derartigen Beschluss kommen konnte (gegen Diskriminierung und Rassenhass, P.S.) Und wir stellten immer wieder fest, dass sie entweder ‚vergessen haben‘ oder aber Vogel-Strauß-Politik betreiben, dass sie sich alle Mühe geben, das zu bagatellisieren, was geschehen ist und was heute noch geschieht. Friedhofsschändungen werden als dumme Jungenstreiche ausgelegt, Beschimpfungen von Juden als Handlungen von Einzelgängern bezeichnet und wir erleben heute, genau wie im Jahr 1933, dass beinahe jeder Deutsche zu dem ihm gerade bekannten Juden sagt: ‚ja, wenn alle so wären wie Sie‘. Wir haben erfahren, wo das hinführt. ...

Das deutsche Volk hat durch nichts unter Beweis gestellt, dass es den ernststen Willen hat, nachträglich von den furchtbaren Verbrechen abzurücken, die an den jüdischen Menschen begangen worden sind.“

Das Verhalten der deutschen Nachkriegsvolksgemeinschaft gegenüber den überlebenden Juden und anderen DPs in ihrer Nachbarschaft, ist ein Lackmустest für ihren Charakter.

Das bittere im Heute besteht darin, dass trotz mühseliger und langer aber – wie ich immer noch behaupte – erfolgreicher Arbeit am Aufbau und der Stabilisierung einer demokratischen Republik und Deutschland, solche Haltungen wieder zum Ausdruck kommen, dass eine vorwurfsvolle Klage aus dem Jahr 1947 heute wieder eine hohe Berechtigung hat.

ⁱ Vortrag auf der Tagung „Wohin nach der Befreiung? „Displaced Persons“ und „Heimatlose Ausländer“ in Norddeutschland“ der Stiftung Niedersächsische Gedenkstätten vom 6. Bis 8. März 2020.

ⁱⁱ Markus Weber: „Das ist Deutschland ... und es gehört uns allen“. Juden zwischen Akzeptanz und Verfolgung im Kurort Bad Harzburg, Braunschweig 2016; hier Verweise und Zitate aus dem Kapitel „Jüdisches Leben im Übergang“, S. 244 ff.